

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Großmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beizettel oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 23. März. Der Reichskanzler Graf Caprivi begab sich nach seiner heutigen Rückkehr aus Hinterpommern sofort zum Kultusminister Grafen v. Zedlitz-Trübschler.

Die Minister-Konferenz, die man in vorgeschickter Abendstunde allgemein vernahm, dahin ihren Abschluss gefunden haben, daß Graf Caprivi in seine Ämter als Reichskanzler und Minister des Auswärtigen verbleibe, während der Oberpräsident Graf v. Eulenburg zum Ministerpräsidenten ernannt worden sei.

Die Ernennung des neuen Kultusministers dürfte bereits morgen amtlich bekannt gegeben werden.

— Se. Majestät der Kaiser und Königin hat, wie wir vernahmen, heute das Entlassungsgesuch des Kultusministers Grafen v. Zedlitz-Trübschler in einem überaus huldvollen Handschreiben genehmigt und gleichzeitig dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß Graf Zedlitz auch künftig dem Staate seine Dienste zur Verfügung stellen werde.

Wie der Hofbericht meldet, waren bis gestern Nachmittag über die Rückkehr des Kaisers von Hinterpommern nach Berlin nähere Nachrichten noch nicht bekannt.

— Prinz Heinrich ist gestern Abend nach Darmstadt gefahren, woselbst gegenwärtig auch noch seine Gemahlin nebst Sohn Prinz Waldemar anwesend sind. Ende des Monats wird er sich von Darmstadt nach Wilhelmshafen begeben, um das Kommando über die Panzerflotte „Grosser“ zu übernehmen, mit welcher der Prinz Heinrich zunächst Probefahrten abhalten wird.

— Das Organ der Welfenpartei, die „Deutsche Volkszeitung“ in Hannover bringt in ihrer Nummer vom Dienstag ein Kommentar zu dem Schreiben des Herzogs von Cumberland. Das Schreiben stimmt durchaus überein mit den früheren Äußerungen des Herzogs, mit seiner Rechtsverwahrung vom Jahre 1878 und dem gleichzeitigen Schreiben an den Grafen von Bernstorff-Gartow, in welchen das Vertrauen des Herzogs ausgedrückt wird, daß „die getreuen Hannoveraner den Kampf für dieses Recht nach allen Seiten hin... weiter führen werden.“ Die Äußerungen werden im Wortlaut veröffentlicht, auch an das Patent vom 18. Oktober 1884 wird erinnert, durch welches der Herzog das Herzogthum Braunschweig „in Besitz nahm“ und in welchem er bereits auf alle „feindlichen Unternehmungen“ gegen das Reich, sowie die einzelnen Glieder desselben, also auch Preußen, verzichtet habe. Die Schlussfolgerung aus diesen Darlegungen zieht das Welfenblatt nicht an. Sie liegt aber auf der Hand: Nach Meinung der welfischen Führer bleibt im Wesentlichen Alles beim Alten. — Die freirepublikanische „Post“, welche dies mit ersichtlichem Schaudern bemerkt, verlangt vernünftiger, daß auch Anderen schaudern soll. Wir befennen uns ohne jeden Schauder zu der angeblich welfischen Anschauung, daß Alles beim Alten bleibt, der Herzog von Cumberland mag diese oder jene oder gar keine Erklärung abgeben. Uns soll es nicht einmal kümmern, ob nach Empfangnahme der 48 Millionen seine Caune eine bessere wird. Deutschland ist unseres Erachtens so gestellt, daß es nichts nach der Anerkennung des Herzogs von Cumberland zu fragen braucht.

— Die Mittheilung, daß die diesjährige Veranlagung der Einkommensteuer ein Mehraufkommen von 40 Millionen Mark in Aussicht stellt, trifft, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, im Wesentlichen zu. Es ergibt sich ein Plus von nahezu 55 Proz. und außer dem für die Bedeckung der Staatsausgaben in dem Etat für 1892-93 eingestellten Betrage von 7 Millionen einen für anderweitige Zwecke verfügbaren Betrag von 33 Millionen Mark. Nach den Absichten der Staatsregierung sollten davon zunächst 9 Millionen Mark für Zwecke der Volksschule verfügbar gemacht werden. Ob dieser Plan heute verfolgt wird, steht dahin. Jedenfalls aber würden noch immer 24 Millionen Mark für Zwecke der Kommunalverwaltung übrig bleiben. Unter Zurechnung der Ueberweisungsbeträge aus der letzten Huene stellen sich daher die zur Deckung des Ausfalls an Grund- und Gebäudesteuer verfügbaren Beträge auf rund 50 Millionen Mark. Es würden somit noch über 20 Millionen Mark Deckungsmittel zu beschaffen sein, wenn die ganze Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer aufgegeben werden soll. Zur Veranschaulichung dieser Summe bietet sich, wenn, wie anzunehmen, die Grundsteuer als Staatssteuer, vielleicht mit einer Abänderung, beibehalten werden soll, lediglich die Sonderbelastung des fundierten Einkommens aus Grundbesitz und Kapitalvermögen. Die dahin gehende Ergänzung des Einkommensteuergesetzes soll in Angriff genommen werden, sobald sich auf Grund der jetzigen Veranlagung die Höhe des Gesamtaufkommens aus dieser Einkommensteuerquelle hinreichend abklären läßt. Dann wird sich auch erst ein Urteil darüber gewinnen lassen, ob eine der höheren Steuerkraft des fundierten Einkommens gegenüber demjenigen aus Arbeitsverdienst entsprechende Sonderstellung des ersteren einen solchen Ertrag zu liefern vermag, wie er zur Durchführung des Planes, von Staatswegen auf die ganze Grund- und Gebäudesteuer zu verzichten, erforderlich sein würde. Daß es im Interesse einer wirklich befriedigenden, auf lange Zeit vorhaltenen Reform der Besteuerung in Staat und Gemeinden im höchsten Grade erwünscht wäre, wenn die Grund- und Gebäudesteuer ganz aus der Reihe der Staatssteuern gestrichen werden könnte, ist selbstverständlich.

— Die „Nat.-Lib. Rev.“ schreibt: Das Zentrum soll bereit sein, die vielbesprochene Steuerreform (K. erste Rate 2 Millionen Mark) in der dritten Lesung des Etats zu bewilligen. In zweiter Lesung war diese Forderung bekanntlich dem Antrag der Budgetkommission entsprechend, gegen die Konserverpartei, die Reichspartei und die Mehrzahl der National Liberalen abgelehnt worden, das Zentrum gab indessen zu verstehen, daß es sich die Sache für die dritte Lesung noch einmal überlegen werde. Inzwischen sind nun die großen Ereignisse eingetreten, welche auf die Stellung und Haltung des Zentrums von bedeutender Rückwirkung sein müssen. Gleichwohl besteht Genügsamkeit, die Forderung zu bewilligen.

— Kein Tag fast vergeht, an dem nicht das sozialdemokratische Zentralorgan den „Genossen“ die Mittheilung von einem Siege macht, der die Begeisterung etwa lau werdender Anhänger der Sozialdemokratie aufs neue entfachen soll. Der

neueste „Erfolg“, den der „Vorwärts“ verkündet, scheint ganz besonders dazu bestimmt zu sein, auf den Patriotismus der „Genossen“ zu wirken. Helgoland nämlich hat angeblich die Uniformpartei vollständig erobert. Schon in der Dienstnummer berichtete der „Vorwärts“ stolz, daß in Helgoland „die Arbeitermarxistische Bewegung“ die populärste sei. In Nr. 70 meldet aber das sozialdemokratische Zentralorgan mit noch größerem Stolz: „Für die Ausbreitung des Sozialismus unter den Helgoländern sorgen die zahlreich anwesenden Arbeiter aus Hamburg etc. in bester Weise.“ Das „Hamburger Echo“ hofft, daß bei der nächsten Reichstagswahl die Insel eine erhebliche Anzahl sozialdemokratischer Stimmen aufbringen wird, zum großen Aerger unserer Hurrab-Patrioten, welche bei der Eroberung Helgolands in einen förmlichen Freudenrausch gerieten, dem nun der unaussprechliche Regenjammer folgen wird.“ Die Sozialdemokraten, die bisher der Eroberung Helgolands ziemlich feindselig entgegengetreten sind, werden nun wohl nach dem Beispiel der „Hurrab-Patrioten“ die Zugehörigkeit der Insel zum großbritannischen Besitz für den nächsten Tag zum deutschen Reich freundlichst „billigen“. Mögen die Helgoländer immerhin an der Arbeitermarxistischen Geschmack gewinnen und sich von der Sozialdemokratie ins Schlepp nehmen lassen! Je rascher die unerfahrenen Leute den Verführungskünsten und Vorsepiegelungen der Umfänger zum Opfer fallen, desto schneller wird auch ihre Ernüchterung und ihre Abkehr von der „siegreichen“ Partei sein.

— Die Zahl der Rechtsanwälte hat sich in Deutschland nach einer Zusammenstellung in der „Jur. Wochenschr.“ zu Beginn dieses Jahres auf 5335 gegen 5242 zu Beginn vorigen Jahres. Es hat also nur eine Zunahme um 93 oder 1,79 pCt. stattgefunden. Die größte Zahl von Anwälten hat der Kammergerichtsbezirk mit 639, dem folgen die Oberlandesgerichtsbezirke Dresden mit 488, Breslau mit 378, Köln mit 372, Hamm mit 284, Nürnberg mit 269 und Jena mit 252. Die wenigsten Anwälte waren in den Bezirken Braunschweig (43) und Odenburg (12). Eine Zunahme im Vergleich zum vorigen Jahre hat in 18 Oberlandesgerichtsbezirken stattgefunden; 4 Bezirke hatten die gleiche Zahl, 7 eine Abnahme. Die Zunahme war mit 39 im Kammergerichtsbezirk, mit 11 in Nürnberg und mit je 10 in München und Stuttgart am größten, die Abnahme mit 8 in Dresden und 9 in Koford. Neue Zulassungen erfolgten, abgesehen vom Bezirk Köln, über den keine Nachrichten vorliegen, 320, Entlassungen 232, starben 115 in Folge Todes, 11 in Folge Uebertritts in den Staats- oder Gemeindevorstand, 17 in Folge Ueberstellung in einen anderen Bezirk und 89 aus sonstigen Gründen. Die Gebiete des preussischen Rechts zeichnen sich im letzten Jahre nicht mehr in dem früheren Grade durch die Stärke des Zugangs zur Rechtsanwaltschaft aus. Dagegen zeigen jetzt die Gebiete des gemeinen und französischen Rechts in der Zunahme der Zulassungen meist eine bemerkenswerthe Bewegung nach aufwärts. Im Allgemeinen aber ist die Steigerung nicht mehr so stark, als die allgemeine Bevölkerungszunahme; im Vorjahre hatte sie noch 168 oder 3,42 pCt. betragen. Leider genügt die auf Grund der Jahresberichte der Vorstände der Anwaltskammern gefertigte Zusammenstellung keinen vollständigen Ueberblick über die Verteilung der Anwälte auf die einzelnen Arten von Gerichten, über die bisherige Wirksamkeit der neu zugelassenen Anwälte, über die Verbindung der Anwaltschaft mit dem Notariat und andere für die Beurtheilung der Lage des Anwaltsstandes wichtige Thatsachen. Es wäre zu wünschen, daß die Vorstände der Anwaltskammern in ihren Jahresberichten reichhaltigeres statistisches Material zusammenbrächten.

Hamburg, 23. März. (W. T. V.) Die Hamburger Finanzdeputation veröffentlicht gegenüber der Darstellung in dem Jahresbericht der „Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Actiengesellschaft“ eine Klarstellung der Verhältnisse bei dem Hafenbau in Cuxhaven, in welcher es heißt: Die Unternehmer waren verpflichtet, den ersten Hafenstopp im Sommer 1891 fertig zu stellen, konnten aber wegen eines Wacks des gestauten Dampfers „Plebeja“, welcher nicht zu entfernen war, dieser Verpflichtung nicht nachkommen. Die Fertigstellung des erwähnten Hafenteiles mußte daher bis zum Jahre 1892 hinausgeschoben werden. In der Erklärung wird schließlich betont, daß die ausführende Behörde keine Schuld treffe, daß die Verzögerung vielmehr lediglich einer „force majeure“ zuzuschreiben sei.

Strasbourg i. E., 20. März. Auf dem gemeinsamen elsässischen Eisenbahnetz herrscht schon seit einiger Zeit ein empfindlicher Mangel an Güterwagen, was in der jetzigen Jahreszeit nicht der Fall zu sein pflegt. Dieser Mangel ist auf eine ungewöhnliche Steigerung des Güterverkehrs zurückzuführen; fast täglich müssen besondere Güterzüge gefahren werden. Im Januar wurde bekannt, diese Steigerung sei eine Folge der neuen Zolltarife, indem noch eine verstärkte Ausfuhr zu den alten Zollfällen erzielt werden sollte. Im Februar ist aber der ganze Güterverkehr aufstauend stark geblieben und auch der März hat bislang keine Verminderung aufzuweisen, so daß sich ein auffälliger Widerspruch zu den nicht hinwegzuleugnenden allgemeinen Klagen über Störung der Industrie und des Handels ergibt. In der hiesigen Universitätsbuchhandlung ist eine Schrift über den „Religionsunterricht in der Volksschule“ in Aussicht auf das neue preussische Volksschulgesetz erschienen, die unter dem Titel den Vermerk trägt: „Eine Stimme aus dem Reichelande.“ Der ungenannte Verfasser bemerkt in der Einleitung, daß er seit langen Jahren der Volksschule nahe stehe und eine große Anzahl von Elementarlehrern und Geistlichen beider Konfessionen persönlich und auch nach ihrer dienstlichen Wirkamkeit kenne; der Inhalt der Schrift vertritt auch durchaus den kritisch-berufenen Sachverstand. Sie beleuchtet in ruhigen, von den gegebenen Verhältnissen ausgehenden Ausführungen die Nachteile, welche die Verwirklichung des Gesetzes für die Volksschule mit sich bringen müßte. Den reichsständischen Schulen sowie ihren Lehrern und Lehrkräften wird reiches Lob gespendet.

Im Landesausschuß ist aus dem Hause der Antrag eingebracht worden, die Regierung möge die Frage der Einführung einer einheitlichen Zeit in Elsaß-Lothringen prüfen. Aus Strasbourg, Mülhausen, Kolmar und andern elsässischen Städten liegen gemeindeverordnende Beschlüsse vor,

die Ortszeit mit der hier am 1. April zur Einführung gelangenden mitteleuropäischen Zeit des Eisenbahnverkehrs in Uebereinstimmung zu setzen. Metz und andere lothringische Orte erklären sich jedoch gegen eine solche Maßregel.

Oesterreich-Ungarn.

— Die Delegationen sollen nach einer uns aus Wien zugehenden Mittheilung nicht, wie es bisher hieß, erst im Herbst, sondern, wie in früheren Jahren, im Sommer einberufen werden. Die Angabe, daß die Session im Laufe des Monats Mai stattfinden werde, ist vorläufig, da noch kein Beschluß gefaßt ist und auch nicht gefaßt werden konnte, weil die Delegationen erst dann zusammentreten können, wenn der Reichsrath seine Nachsession abgelehnt haben wird, was keinesfalls vor Ende Mai der Fall sein dürfte.

— Heute Donnerstag wird die österreichische Regierung in der Ausschusskommission des böhmischen Landtages durch den Statthalter die angekündigte in einem Ministerkath festgesetzte Erklärung in der Ausgleichsangelegenheit abgeben lassen, aus welcher hervorgeht, daß die Ausgleichung unwiderruflich auf dem Boden der Ausgleichsvereinbarungen stehe.

Wien, 23. März. (W. T. V.) Die heutige Sitzung des Wiener Gemeinderaths nahm einen so stürmischen Verlauf, daß die Beratung unterbrochen werden mußte. Der Vorsitzende ordnete im Disziplinarwege die Ausschließung des antisemitischen Gemeinderaths Gregor wegen reiteranten Benehmens von zwei Sitzungen an.

Wien, 23. März. (W. T. V.) Wie verlautet, hat Graf Theodor Andrássy den abgeordneten Evidenz wegen der im Abgeordnetenhaus von demselben gethanen Äußerungen über Andrássy's Vater, Julius Andrássy, erst persönlich und alsdann durch zwei Freunde zur Rechenschaft gezogen. Evidenz hat seine Zungen noch nicht genannt.

Frankreich.

Paris, 21. März. Die Bestimmungen für die Alpenmänner beim 14. und 15. Armeekorps verfügen, daß 13 Alpen-Bataillone einen dreimonatlichen Aufenthalt in den Hochalpen nehmen, während dessen sie an verschiedenen Manövern theilzunehmen haben. 16 Bataillone der Subdivisionen-Regimenter beider Armeekorps beziehen auf die Dauer von drei Wochen Ortsunterkunft in den Alpen und haben für diese Zeit ihre Rekruten einzuberufen. Weitere 13 Bataillone werden in der Umgebung der Befestigungen von Nizza und von Kriegsmärschen ausführen und werden dazu die Bataillone der Regional-Regimenter von Briancon, Modane und Tignes (Yvon) herangezogen. Ebenso ist für 4 Schwadronen von jedem Kavallerie-Regiment beider Armeekorps sowie für die 7 Gebirgsbatterien der selben ein dreiwöchentlicher Aufenthalt im Hochgebirge vorgesehen. Die Herbstmanöver werden sich dann auf Manöver der 27. und 30. Division gegen einander beschränken, während die 28. und 29. Division nur Brigadenmanöver abzuhalten haben.

Italien.

Rom, 22. März. Der schweizerische Gesandte Badier hat dem Ministerpräsidenten Rudini die Antwort der Schweiz auf die letzte Note Italiens in Betreff der Handelsvertrags-Unterhandlungen überreicht. Einer Meldung der „Agenzia Stefani“ zufolge hat die Bundesregierung die letzten italienischen Vorschläge über die Baumwollzölle angenommen.

Rom, 23. März. (W. T. V.) Depu- tirtentambur. Ambriani stellte eine Anfrage über eine öffentliche Rundgebung des Grafen Taverna, bestehend in einem Briefe über die Vetheiligung Cavour's und der gemäßigten Partei an der Einigung Italiens. Der erste Präsident erklärte diese Anfrage für inopportun, da es nicht angehe, Handlungen von Bürgern oder Senatoren zum Gegenstand der Kontrolle der Kammer zu machen. Auf den Einwand Ambriani's, Taverna sei nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten bei Rudini zum Vorkämpfer designirt, erwiderte der Präsident, eine Designation sei noch keine offizielle Ernennung. Rudini stimmte der Ansicht des Präsidenten bei und erklärte, die Anfrage nicht beantwortet zu können. Ambriani bemerkte, er werde seine Frage wiederholen, wenn Taverna's Ernennung zum Vorkämpfer erfolgt sein werde.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 23. März. (W. T. V.) Der Reichstag beriet heute den Antrag der Regierung, die Zahl der Mitglieder der ersten Kammer auf 150 und diejenige der Mitglieder der zweiten Kammer auf 225 festzusetzen. Die erste Kammer nahm den Vorschlag der Regierung mit 84 gegen 43 Stimmen an, die zweite Kammer nahm zunächst nur den ersten Paragraphen, betreffend die Mitgliederzahl der ersten Kammer, mit 121 gegen 96 Stimmen an und wird die Verabnahme in einer Abend Sitzung fortsetzen.

Stockholm, 23. März. (W. T. V.) Die zweite Kammer lebte in der Abend Sitzung mit 116 gegen 100 Stimmen den Paragraphen der Regierungsvorlage, durch welchen die Mitgliederzahl der zweiten Kammer auf 225 festgesetzt wird, ab.

Spanien und Portugal.

Valencia, 16. März. Ueber neue Verhandlungen mit Frankreich verlautet noch nichts. Man hält hier den gegenwärtigen Augenblick auch dafür nicht geeignet, da man fürchtet, in Frankreich den Glauben zu erwecken, als ob man als der wirtschaftlich Besiegte den Frieden nachsuchen wolle, während doch gerade das Nachbarnland unter den jetzigen Verhältnissen am meisten leide. In dieser Ansicht wird man durch die Nachricht bestärkt, daß die Pariser Handelskammer die französische Regierung auf den großen Schaden aufmerksam gemacht habe, der der französischen Industrie durch die Unterbrechung der Handelsbeziehungen mit Spanien entstehe. Man hofft, daß sich dies in einigen Monaten noch fühlbarer machen wird und daß dann die Franzosen geneigter sein werden, auf eine billige Verständigung einzugehen. Inzwischen veröffentlicht das Amtsblatt eine Verordnung gegen die Herstellung künstlicher Weine, die fortan mit schweren Strafen belegt wird. Gleichzeitig bringt es einen königlichen Erlass, worin die Segung von drei Untersee-Kabeln, die die Insel Luzon mit den

Philippinen Inseln Panay, Negros und Cebu verbinden sollen, genehmigt wird.

General Beranger ist wieder zum Marine-Minister ernannt worden. Er hat versprochen, dem Staatschatz 20 Millionen zu überweisen, die bei den Arsenalen erspart wurden, sowie schnellstmöglich die Angelegenheit mit der Nervon-Werft zu regeln.

Die Vorgänge in Cadix bei der Freisprechung des Anarchisten Salvorella waren an sich ohne Bedeutung. Der Pöbel war durch die Freisprechung, die er der Furcht der Geschworenen zuschrieb, ermutigt, ließ die Anarchie hochleben und pfiff die Gendarmen aus, bis diese sich veranlaßt sahen, die Menge auseinander zu sprengen. Es wurden dabei einige Ruhestörer verundet und etwa 20 verhaftet. Angeblich bestand eine Verschwörung mit dem Plane, den anarchistischen Führer im Fall der Beurtheilung mit Gewalt zu befreien.

In Valencia plagte vor einigen Tagen in der Nähe des Gebäudes, das die Jesuiten-Patres bewohnen, wieder eine Dynamitpatrone. Diesmal wurden glücklicher Weise nur die Scheiben der umliegenden Häuser zertrümmert, da die Thäter offenbar in ihrem Plane, die Sprengmasse am Hause selbst zu befestigen, gestört worden waren.

Ueber die Maifeier sind die verschiedenen Arbeitergruppen Barcelonas getheilter Ansicht, so daß es vermutlich zu einer gemeinsamen Kundgebung nicht kommen wird.

Die Nachricht, daß bei Almagro eine bewaffnete Bande aufgetaucht sei, wird amtlich in Abrede gestellt. Sie wird darauf zurückgeführt, daß eine Anzahl Bauern den Versuch gemacht haben, einen Bahndamm zu sprengen, aber nicht in revolutionärer Absicht, sondern lediglich, um dem Stauwasser Luft zu schaffen, das ihre Felder zu überfluthen drohte. Ueberhaupt nehmen die Berichte über die Ueberfluthungen in Andalusien augenblicklich einen breiten Raum in den Blättern ein. Das Unglück scheint einmal wieder größer gewesen zu sein, als man anfänglich annahm. Die Königin spendete 100.000 Betetas, wovon 40.000 für Sevilla und 20.000 für Cordoba bestimmt sind. Andererseits ist die Regierung bereit, 1½ Millionen für die Nothleidenden zur Verfügung zu stellen. Der Generalquartier hatte bei Sevilla einen höhern Wasserstand als je erreicht. Bei Morit wurde eine Million Arrobas Zuckerrohr ins Meer geschwemmt. In Granada flüchteten mehrere Häuser ein und eine beträchtliche Menge Erde wurde vom Alhambra-Hügel weggewaschen. Am größten scheint das Elend in der Provinz Cordoba zu sein, wo Tausende ohne Brod und Obdach sind. Auch zahlreiche Unglücksfälle von Personen werden gemeldet.

Großbritannien und Irland.

London, 21. März. In den meisten Kohlen- bergwerken konnte heute der Betrieb wieder aufgenommen werden, indem die Mehrzahl der Leute sich ohne weiteres dem Beschluß ihrer Führer gefügt haben. In Folge dessen sind Kohlen noch um mehrere Schilling für die Tonne gefallen. Die Bergleute und Arbeiter in der Grafschaft Durham bestanden hingegen hartnäckig auf Fortsetzung des Ausstandes und, da die Zahl dieser Streiker sich auf nahezu 100.000 beläuft, so ist die Lage für den Handel in diesem reichen Distrikte immerhin gefährlich und möglicherweise verhängnisvoll. Bei der dort vorherrschenden erbitterten Stimmung ist an einen Ausstieg nicht zu denken, und es dürften Wochen vergehen, ehe die Leute zur Vernunft kommen, zumal sie, nach den neuesten Berichten, bestrebt zu sein scheinen, das biesigen Vernein, das ihnen inne wohnt, im Trant zu verankern. Unter den Umständen stehen erste Unruhen zu befürchten, denn der Durham-Bergmann ist von Natur zur Rauferei angelegt und hat wenig Respekt vor den Gesetzen des Landes. In vereinzelten Fällen sind schon Thatsächlichkeiten vorgekommen und die Polizei konnte nur mit Mühe und Noth einem Ueberhandnehmen vorbeugen. Die Polizeimannschaften sind demnach in der ganzen Grafschaft erheblich verstärkt worden und auch die Militärbehörden haben Weisung erhalten, zur Wahrung des Friedens Truppen bereit zu halten. Der Durham-Streik muß übrigens als eine Bewegung für sich betrachtet werden, welche mit dem Massenaufruf nur insofern in Verbindung trat, als es beiden Theilen paßte, gemeinsame Sache zu machen. Sonst unterscheiden sich die Durham-Leute von ihren Kameraden dadurch, daß sie sich mit ihren Brodherren der Böhne halber überworfen hatten und es ihnen gleichgültig ist, ob die Brodherren viel oder wenig verdienen, während die übrigen 300.000 Streiker bekanntlich stillschweigend eine Wandarbeiter-Masse oder einen „Ring“ mit den Besitzern vereinbart hatten, ohne irgend welchen Grund zur Klage gegen dieselben zu haben oder zu verfechten. — Diese Spekulation ist nun zu Wasser geworden, das stört aber die Durham-Leute nicht in ihrem Vö haben, die Brodherren zur Aufbebung der Böhne zwingen zu wollen. Es sind entschlossene, ja verzweifelte Durschen, die sich in verlässiger Wuth gegen jede Vermittelung verhalten, von welcher Seite sie auch herrühren möge.

Rußland.

Petersburg, 21. März. Bekanntlich bildet einen nicht unwichtigen Grund der großen Ausdehnung, welche die Hungersnoth in den von der Misere betroffenen Gouvernements genommen, das Fehlen jeglicher Getreidevorräthe in den Vereinigten Staaten bei weitem größer ist, als man bisher annahm, und von Jahr zu Jahr zugenommen hat und viele Wirtschaften so mit Hypotheken belastet sind, daß man kaum noch von freiem Eigenthum sprechen kann. Die meisten Amerikaner glauben noch immer, daß der amerikanische Landwirth (Farmer) der unabhängigste der Welt ist, obgleich die Ansicht keine Begründung mehr hat. Auf der kürzlich in St. Louis abgehaltenen Versammlung des Farmerbundes richtete sich bei der Aufstellung des Programms der Partei die Beschwerde namentlich dagegen, daß Ausländer in den Vereinigten Staaten Land erwerben dürften. Gemeint waren in erster Reihe die britischen und kontinentalen Eigenthümer der riesigen Vieh- und Schafweiden im Westen und Süden des Landes, welche theilweise 1.000.000 Acres groß sind. Auch der Missand, daß englische und andere europäische Gesellschaften fortwährend Bergwerke in den Vereinigten Staaten antaufen, erregte großen Widerspruch. In

ausgeliehen werden dürfen. Zu Zeiten einer völligen Misere erfolgt die Ausgabe des Getreides aus Grund einer besonderen vom Minister des Innern erlassenen Instruktion. Die aufbewahrten Getreidevorräthe müssen zu gleichen Theilen aus Winter- und Sommerkorn bestehen.“ Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Art der Aufspeicherung von Getreidemassen volkswirtschaftlich veraltet ist. Es ist todes Kapital, welches brach liegt und keine Zinsen trägt, und das ist wohl auch die Basis der Ermäßigungen gewesen, welche das Ministerium des Innern bewogen haben, den Landchaften die Genehmigung zum Verkauf des gespeicherten Kornes zu ertheilen; der erzielte Erlös sollte verzinste angelegt werden. Das ist nun aber nur selten geschehen. Es ist hierbei nicht zu vergessen, daß es Rußland war, woselbst eine rationelle Neuerung eingeführt werden sollte, welche Umficht und vor Allem Redlichkeit der Beamten voraussetzt. Weibes aber fehlt nur zu sehr bei uns, und auch in diesem Falle hat der Mangel zuverlässiger Personen lediglichen Unheil angerichtet. Die gegenwärtig erlassenen Verordnungen sind allerdings zu spät für den gegenwärtigen Nothstand erlassen worden, können aber vielleicht in Zukunft Nutzen bringen, und von diesem Gesichtspunkte aus kann man dem Entlasse beistimmen.

In der Aula der bisher deutschen Dorpat- Universität, welche aber jetzt bereits eine ganze Anzahl dem Reichsinnen entflammender und auf russischen Hochschulen gebildeter Professoren aufweist, ist kürzlich von einem dieser neuen „Lehrer der Wissenschaft“ ein Vortrag zum Behen der Nothleidenden gehalten worden, welcher auch in Petersburg nicht unbemerkt geblieben ist. Das Thema lautete: „Das dritte Rom.“ Der Redner führte aus, er wolle für die Nothleidenden auf der Balkanhalbinsel, die „moralisch und physisch bedrückten slavischen Brüder“, eine Range brechen. Rußland richte seine Blicke auf Balkan-Dalbinsel und Konstantinopel aus Mitgefühl für die Stammes- und Glaubensgenossen, und weil es die historische Mission in sich fühle, „das dritte Rom“ zu werden. Aus Byzanz habe das moskowitzische Reich Glauben und Kultur erhalten, den byzantinischen Kaiser habe es als Oberherrn angesehen, den Patriarchen von Konstantinopel als Vorgesetzten. Nachdem letzterer den Bapst als Primas anerkannt, habe Moskau sich einen eigenen Patriarchen erwählt, und nach dem Sturze des oströmischen Reichs hätten die Moskauer Jaren sich als Nachfolger der byzantinischen Kaiser angesehen. Auf diese Weise habe sich im russischen Volke und bei den Slaven der Balkanhalbinsel die Ansicht entwickelt, daß Rußland bestimmt sei, das „dritte Rom“ zu werden, d. h. ein großes weltbeherrschendes Reich mit einem Fürsten und einem Glauben. Es ist wohl zum ersten Male geschehen, daß in der Aula der alterthümlichen deutschen Universität Dorpat ein so blühender Unfinn geredet wurde, welcher den ganzen panslawistischen Chauvinismus zu Ausdruck gebracht hat. Noch hat es gute Weile, bis Moskau auch nur den Versuch unternehmen kann, ein „drittes“ Rom zu werden, und schließlich könnten die abenteuerlichsten Moskowiter bei den „slavischen Brüdern“ auf der Balkanhalbinsel für ihre zweifelhaften Unternehmungen auf Beifall rechnen.

Der Panslawismus sorgt auch in Regierungskreisen dafür, daß er nicht vergessen wird. In den lutherischen Kirchenschoolen Petersburgs muß vom nächsten Jahre ab das Abiturienten-Examen in russischer Sprache erliebt werden, und an den Südbahnen wird die Anstellung von Personen protestantischer Konfession, ebenso wie die von Katholiken und Juden für die Zukunft aufs äußerste eingeschränkt.

Rumänien.

Bukarest, 23. März. (W. T. V.) Der Senat hat mit 72 gegen 2 Stimmen den Abre- entwurf angenommen, nachdem Ministerpräsident Catargiu und Justizminister Marghiloman die Anträge wegen Einmischung in die Wahlen widerlegt hatten.

Die Regierung hat heute der Kammer eine Kreditvorlage in Höhe von 29 Millionen Lei für den Bau des Zentralbahnhofes sowie von Eisenbahnwerkstätten in Bukarest gemacht.

Türkei.

— Die Ueberweisung des Investiturferman des Sultans an den Khevide, die am 19. d. erfolgen sollte, hat eine neuerliche Verzögerung erfahren. Mittheilungen, die wir aus Konstantinopel erhalten, deuten darauf hin, daß diese Verzögerung auf Versuche zurückzuführen sei, die von gewisser Seite noch in letzter Stunde gemacht worden, den Sultan zu bewegen, daß er in den Ferman einige Kautelen aufnehme. Doch scheinen diese Versuche, soweit sie darauf abzielten, daß dem Ferman eine andere Fassung gegeben werde, als jene war, die seinerzeit der für Zewail Pascha bestimmte Ferman hatte, erfolglos geblieben zu sein.

Amerika.

Washington, 20. März. Auf Betreiben einer großen Anzahl von Handels-, Arbeiter- und Farmervereinen hat das Senats-Bureau eine Statistik ausarbeiten lassen über die Zahl der eigenthümlich besessenen und der gepachteten Ackerwirtschaften in den verschiedenen Staaten. Auch ist die Hypothekenbelastung angegeben. Obgleich die Arbeit noch nicht völlig beendet ist, erblickt schon jetzt, daß die Zahl der Pachtgüter in den Vereinigten Staaten bei weitem größer ist, als man bisher annahm, und von Jahr zu Jahr zugenommen hat und viele Wirtschaften so mit Hypotheken belastet sind, daß man kaum noch von freiem Eigenthum sprechen kann. Die meisten Amerikaner glauben noch immer, daß der amerikanische Landwirth (Farmer) der unabhängigste der Welt ist, obgleich die Ansicht keine Begründung mehr hat. Auf der kürzlich in St. Louis abgehaltenen Versammlung des Farmerbundes richtete sich bei der Aufstellung des Programms der Partei die Beschwerde namentlich dagegen, daß Ausländer in den Vereinigten Staaten Land erwerben dürften. Gemeint waren in erster Reihe die britischen und kontinentalen Eigenthümer der riesigen Vieh- und Schafweiden im Westen und Süden des Landes, welche theilweise 1.000.000 Acres groß sind. Auch der Missand, daß englische und andere europäische Gesellschaften fortwährend Bergwerke in den Vereinigten Staaten antaufen, erregte großen Widerspruch. In

		Kurs & Markt 25	
5% amortisirt. Rente	97,77 $\frac{1}{2}$		
3% Rente	96,35		96,27
4 $\frac{1}{2}$ % Anleihe	105,55		105,90
Italienische 5% Rente	87,55		86,95
Deferr. Goldrente	95,50		95,25
4% ungar. Goldrente	92,00		91,68
1% Russen de 1880.	—		—
1% Russen de 1889	92,95		92,50
1% ungar. Egypter	487,18		486,68
1% Spanier äusser Anleihe	58 $\frac{1}{2}$		58 $\frac{1}{2}$
Convart. Färten.	19,75		19,45
Ethiopische Anleihe	73,25		73,00
5% brasil. Färten-Obligationen	417,50		414,50
französisch	613,75		605,00
Kombanben	203,75		—
„ Prioritäten.	290,00		289,00
Banque ottomane	547,00		542,00
„ de Paris	608,00		612,00
„ d'escompte	148,00		148,00
Credit foncier	1203,00		1198,00
„ mobilier	147,00		147,00
Mercantile-Affien.	590,00		582,00
Banque-Russisch-Affien	15,00		12,00
5% Obligationen	17,00		16,00
Rio Tinto-Affien	458,10		458,10
Euzenial-Affien	2727,00		2722,00
Gaz Parisien	1460,00		1455,00
Credit Lyonnais	772,00		770,00
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	535,00		540,00
Transatlantique	540,00		540,00
B. de France	4227,00		4190,00
Ville de Paris de 1871	411,00		412,00
Tabacs Ottom.	849,00		847,00
2 $\frac{1}{2}$ % Cons. Angl.	—		96,25
Wechsel auf deutsche Plaz: 3 Mt.	122 $\frac{1}{2}$		122 $\frac{1}{2}$
„ auf London kurz	25,17 $\frac{1}{2}$		25,17
„ auf London 3 Mt.	25,19		25,18
Wechsel Amsterdam f.	206,00		206,00
„ Wien f.	209,50		209,00
„ Madrid f.	418,00		418,00
Comptoir d'Escompte neue	483,00		480,00
„ in Affien	86,25		85,60
Saure, 23. März, Bern, 10 Uhr 30 Min.			
(Telegramm der Hamburger Firma Peimann & Ziegler u. Comp.) Kaffee good aovera Santos per März 90,00, per Mai 87,50, per September 83,50. — Ruhig.			
Londen, 23. März. An der Bourse Weizenabgaben angeboten. — Wetter: Bewölkt.			
Londen, 23. März. 96% Savanna-Rohkaffee 15,87, ruhig. — Rübenrohkaffee 13,62, ruhig.			
Londen, 23. März. Ceylon-Kaffee 47,00, per 3 Monat 47,50.			